

II-349 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 265/J

1987-04-07

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten DKFM. BAUER, EIGRUBER

an den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesminister
für Finanzen

betreffend Maßnahmen der Bundesregierung zur Konjunkturbelebung

Der Nationalrat hat vor 12 Tagen den Bundesvoranschlag für das Haushaltsjahr 1987 beschlossen. Da das Budget seinem Wesen nach eine Einnahmen- und Ausgabenschätzung darstellt, ist die Veranschlagung vieler wichtiger Ansätze von den zugrundegelegten Konjunkturdaten abhängig. So hat der Finanzminister bei der Budgeterstellung für 1987 die Annahme eines zwei-prozentigen realen Wirtschaftswachstums und einer Arbeitslosenrate von 5,5 % zugrundegelegt.

Fünf Tage nach der Beschlußfassung im Nationalrat haben die Wirtschaftsforschungsinstitute revidierte Wirtschaftsprognosen vorgelegt, in welchen sie eine Halbierung des Wirtschaftswachstums auf ca. 1 % und ein Ansteigen der Arbeitslosenrate auf ca. 6 % vorhersagen. Damit war das Budget 1987 bereits wenige Tage nach der Beschlußfassung in diesem Haus überholt.

Die neuen Wirtschaftsdaten müssen aber bereits vor der Verabschiedung des Budgets im Nationalrat in den Forschungsinstituten bekannt gewesen sein.

Die Bundesregierung hätte sich daher rechtzeitig informieren und dem Nationalrat noch während der Budgetdebatte entsprechend berichten müssen, um eine Aktualisierung der betroffenen konjunkturabhängigen Ansätze noch vor der Beschlußfassung zu gewährleisten.

- 2 -

So aber liegt der Verdacht nahe, daß dem Nationalrat absichtlich diese Informationen vorenthalten wurden, um die Beschlußfassung über das vorliegende, bereits überholte Budget nicht zu gefährden. Dies scheint auch die Befürchtung zu bestätigen, daß der Stellenwert des Parlaments durch die derzeitige Regierungskoalition immer mehr abnimmt.

Die Gründe für die so deutlich schlechteren Konjunkturaussichten sind vor allem in der restriktiven Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung, einer labilen Investitionskonjunktur und einem Stagnieren der Exporte zu suchen. Das einzige expansive Signal ist die noch vor der sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung beschlossene zehnpromzentige Lohn- und Einkommensteuersenkung per 1. Jänner 1987.

Damit könnte sich eine IHS-Studie bestätigen, wonach durch die restriktive Budgetpolitik der Bundesregierung rund 35.000 Arbeitsplätze zusätzlich verlorengelien könnten.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind daher aus staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein über die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit in unserem Land zutiefst besorgt.

Denn Arbeit bedeutet für den Menschen nicht nur einen ökonomischen Gewinn. Sie bietet menschliche Kontakte, fordert Aktivität und verschafft sozialen Status. Arbeitslose haben Angst, als Versager und Parasiten zu gelten. Arbeitslosigkeit vereinzelt und treibt in die Resignation. Ein Heer von Dauerarbeitslosen verändert somit das Gesicht einer Gesellschaft.

Bundeskanzler und Finanzminister haben der IHS-Studie über die Folgen einer restriktiven Budgetpolitik die Annahme einer zu statischen Wechselwirkung zwischen Haushaltsdefizit und Arbeitslosenrate unterstellt. Diese Kritik ist grundsätzlich

- 3 -

gerechtfertigt. Denn der Schlüssel zur Entschärfung dieses Zielkonfliktes liegt in der Umschichtung zu investiven und daher direkt beschäftigungswirksamen Budgetausgaben.

Die Bundesregierung hat aber im Budget 1987 wirtschaftspolitisch verfehlt genau das Gegenteil praktiziert, indem sie die Eigeninvestitionen des Bundes und die Investitionsförderung gegenüber dem Budgetprovisorium um 3,5 Mrd. Schilling gekürzt hat.

Gemäß § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 29 des neuen Bundeshaushaltsgesetzes hat der Finanzminister unverzüglich Konjunkturausgleichsmaßnahmen in die Wege zu leiten, wenn sich im Laufe des Finanzjahres eine wesentliche Änderung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den der Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes zugrunde gelegten Annahmen abzeichnet. Eine solche wesentliche Änderung ist durch die Halbierung des prognostizierten Wirtschaftswachstums unzweifelhaft eingetreten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher in großer Sorge um die wirtschaftliche Zukunft Österreichs die nachstehende

A n f r a g e :

A. An den Herrn Bundeskanzler:

1. Wann sind Ihnen die revidierten Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute bekannt geworden?
2. Warum haben Sie sich nicht rechtzeitig informiert und die aktuellen volkswirtschaftlichen Eckdaten dem Nationalrat noch während der Budgetdebatte bekanntgegeben?
3. Wird die österreichische Bundesregierung angesichts des verminderten Wirtschaftswachstums Maßnahmen zur Konjunkturbelebung setzen und wenn ja, welche?

- 4 -

4. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird die Bundesregierung angesichts einer voraussichtlich sechsprozentigen Arbeitslosenrate ergreifen?
5. Werden Sie in Hinkunft den Nationalrat im Sinne des neuen Haushaltsrechts und einer begleitenden Budgetkontrolle durch das Parlament rechtzeitig über veränderte Eckdaten der Volkswirtschaft informieren?

B. An den Herrn Bundesminister für Finanzen:

1. Wann werden Sie dem Nationalrat die revidierten Budgetansätze zu einer Novellierung des bereits jetzt überholten Budgets 1987 vorlegen?
2. Wann werden Sie Konjunkturausgleichsmaßnahmen gemäß § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 29 Bundeshaushaltsgesetz in die Wege leiten?
3. Welche solche Maßnahmen beabsichtigen Sie im einzelnen und werden Sie insbesondere den Konjunkturausgleichsvoranschlag gänzlich oder teilweise freigeben?
4. Werden Sie die per 1. Jänner 1989 geplante Steuerreform aus konjunkturpolitischen Gründen bereits auf einen früheren Termin vorziehen?
5. Wird diese Steuerreform eine wirkliche Steuersenkung sein, um die private Kaufkraft zu erhöhen und die Binnennachfrage zu stärken?
6. Wie werden sich alle diese Maßnahmen auf das Budgetdefizit auswirken?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Ersterzeuger vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.